

Forderungen
für Tirols Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmer von
AK-Präsident Erwin Zangerl an
Landeshauptmann Günther Platter

anlässlich des Antrittsbesuches,
am Donnerstag, 3. Juli 2008

1. Abschaffung der Regresspflicht - Sicherung der Pflegequalität

Wenn Eltern ins Heim müssen, gibt es für die Kinder oft ein böses Erwachen. Falls nämlich - wie in mehr als 80 Prozent der Fälle - die Heimkosten (rund 3.000 Euro pro Monat) nicht mit eigenen Mitteln aufgebracht werden können, springt das Land Tirol im Rahmen der so genannten Grundsicherung (ehemalige Sozialhilfe) ein und bezahlt den Restbetrag. Neben der Möglichkeit, diese Summen beim Betroffenen oder dessen Ehepartner selbst geltend zu machen (beispielsweise durch grundbücherliche Sicherstellung) kann aber auch bei Kindern im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht Rückgriff genommen werden.

Das Land Tirol macht davon laufend und häufig Gebrauch. Rund 5.000 Kinder werden so direkt zur Kasse gebeten und müssen monatliche Zahlungen bis zu 11 Prozent ihres Jahreseinkommens leisten. Dass dadurch unnötige soziale Härten sowie häufig innerfamiliäre Konflikte entstehen, braucht wohl nicht erwähnt zu werden.

Während die Mehrheit der Bundesländer solche Rückzahlungsverpflichtungen bereits abgeschafft hat, wie jüngst Vorarlberg und Oberösterreich, beharrt Tirol weiter auf dieser Möglichkeit, obwohl die Höhe der dadurch hereingebrachten Beiträge in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand steht. Schätzungsweise werden durch diese Maßnahmen lediglich drei Millionen Euro jährlich eingenommen.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Die Kostenersatzpflicht von Kindern bei Heimaufenthalten ihrer Eltern ist durch eine entsprechende Änderung des Tiroler Grundsicherungsgesetzes ersatzlos zu streichen. Zur Sicherstellung von genügend Pflegepersonal muss die Umschulung in diesem Bereich dringend erleichtert werden. Außerdem muss die Qualität der Pflegeeinrichtungen in Tirol exakt zertifiziert und evaluiert sowie der Ausbau der ambulanten Pflege mit aller Vehemenz vorangetrieben werden.

2. Aktionsplan gegen teures Leben

Angesichts Österreichweit niedrigster Einkommen und höchster Lebenshaltungskosten in Tirol müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um diese Spirale zu stoppen. Gerade durch die Preisexplosion bei Lebensmitteln geraten immer mehr Familien in finanzielle Bedrängnis.

Durch Einführung von flächendeckender Kinderbetreuung, einheitlichen Öffnungs- und Ferienzeiten, sozialverträglichen Tarife bzw. Nulltarif im vorschulischen Bereich sowie bei der schulischen Nachmittagsbetreuung könnten wesentliche Erleichterungen für die Familien erreicht werden.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Vorgeschlagen wird ein Tiroler Aktionsplan gegen das teure Leben zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung. Weiters eine Sozialverträglichkeitsprüfung für alle gesetzlichen und förderungspolitischen Maßnahmen. Kinderbetreuungseinrichtungen sollten einheitliche Öffnungs- und Ferienzeiten aufweisen sowie zum Sozial- bzw. Null-Tarif nach Vorbild Niederösterreichs besucht werden können. Die Einführung von Sozial-Tarifen bei Öffentlichen Verkehrsmitteln ist ebenfalls eine wirksame soziale Maßnahme.

2a. Wohnen muss für Familien wieder erschwinglich sein

Bei den niedrigsten Familieneinkommen und höchsten Lebenshaltungskosten in Tirol ist vor allem dafür Sorge zu tragen, dass die Mietzinsbeihilfe in allen Tiroler Gemeinden gewährt und die Wohn- und Mietzinsbeihilfe vereinheitlicht wird. Außerdem müssen in allen Gemeinden die gleichen Anspruchsberechtigungen und Beihilfenhöhen gelten. Der Heizkostenzuschuss soll deutlich erhöht werden und breiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht werden. Der soziale Wohnbau ist zu verstärken, wobei die Gemeinnützigen stärker auf ihre eigenen Grundreserven bzw. Rücklagen zugreifen müssen.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Das Land hat Sorge zu tragen, dass Wohnen für alle Bevölkerungsgruppen leistbar wird und die Beihilfen einheitlich und nachvollziehbar gewährt werden. Der Heizkostenzuschuss muss deutlich erhöht werden und nicht nur Mindestrentnern offen stehen.

2b. Tiroler Verkehrskonzept und Nahverkehrsgesellschaft

Die AK erneuert ihre Forderung nach Erstellung eines neuen Nahverkehrskonzepts für Tirol, mit dem Ziel, alle öffentlichen Verkehrsträger zu integrieren. Die Versorgungssicherheit für die mehr als 200.000 Tiroler Pendler soll durch ein flächendeckendes, zeitgemäßes und kostengünstiges Angebot gewährleistet werden. Angesichts explodierender Treibstoffkosten soll das Land den öffentlichen Nahverkehr deutlich verbilligen.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Es sind Planungen bzw. Vorarbeiten einzuleiten für einen massiven Ausbau des Schienennetzes Ost-West und Nord-Süd zur Einrichtung einer Schnellbahn für ganz Tirol und die Modernisierung und Attraktivierung bestehender Linien. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Nahverkehrsgesellschaft, in der alle Bahn- bzw. Buslinien integriert werden. Für die Pendler soll der Öff-

fentliche Verkehr massiv verbilligt werden, um die Umwelt zu entlasten. Für Bezieher von Niedrigeinkommen soll ein Sozial-Tarif eingeführt werden.

3. Tirol als Bildungsland Nummer eins positionieren Hürden senken, Weiterbildung wie Arbeit abgelden

Internationale Studien weisen Österreich im Bereich der Bildung einen Platz weit hinten in der EU zu. Das Land und die Tiroler Sozialpartner sind aufgerufen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um Tirol zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Die Forderung nach Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht derzeit vielfach in Leere. Zu groß sind die Hürden für berufstätige Menschen - Arbeitszeit, Härte der Beschäftigung, Familienleben und Einkommenssituation. 11.000 jüngere Tirolerinnen und Tiroler haben keinen Hauptschulabschluss! Die AK Tirol fordert gleiche Zugangschancen zur Bildung für alle. Dazu braucht es neue Instrumente, um den Bildungsbedarf der Arbeitnehmer in allen Regionen abzudecken. Im Sinne der wirtschaftlichen Weiterentwicklung in unserem Land regt die AK Tirol auch neue Modelle an, damit berufliche Weiterbildung wie Arbeit abgegolten werden kann, um die derzeit hohen Zugangsbarrieren zu verringern.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Berufliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sollte wie Arbeit abgegolten werden, beugen diese doch im Wesentlichen einem drohenden Facharbeitermangel vor und dienen der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Betriebe. Das Land sollte gemeinsam mit allen Bildungsanbietern bedarfsgerechte, kostengünstige, am Menschen orientierte Aus- und Weiterbildungsangebote anbieten. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Arbeitnehmern die beste und preisgünstigste Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Im Sinne bestqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie im Interesse einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung für Tirol sollte die gesamte berufliche Aus- und Weiterbildung in Tirol von einer Plattform aus gezielt gesteuert werden. Darüber hinaus ist in der von der AK Tirol und vom Land zwischenzeitlich umgesetzten Plattform für Bildung eine jährliche Bildungs-Bedarfserhebung durchzuführen.

4. Beschäftigungsoffensive für Tirols Arbeitnehmer Landesarbeitsstiftung im AMG

Die wichtigsten Anliegen der Tiroler Arbeitnehmer sind ein sicherer Arbeitsplatz und die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jungen. Der Verlust der Arbeit wird als größte Sorge angesehen. Die Landespolitik ist daher gefordert, alles zu unternehmen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Zahl der arbeitssuchenden Menschen ist in den letzten Jahren in Tirol im Wesentlichen gleich geblieben. Verschärft wird diese Situation durch die überdurchschnittlich hohe Zahl an Nicht-Ganzjahresarbeitsplätzen vor allem in den Tourismusregionen des Landes. Im Bezirk Landeck ist nur jeder zweite Arbeitnehmer länger als sechs Monate pro Jahr beschäftigt. Jene noch aktiven 8.000 neuen Betriebe in Tirol, die in den letzten acht Jahren gegründet wurden, bestehen zur Hälfte nur aus dem Chef und keinem einzigen Mitarbeiter.

Gleichzeitig sind in den letzten Monaten einige größere aber auch viele kleinere Betriebe in Tirol in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, haben ihren Standort geschlossen oder mussten Konkurs anmelden. Im Falle von Konkursen größerer Betriebe stellen Arbeitsstiftungen eine wichtige Qualifizierungs- und Orientierungsmaßnahme für die Betroffenen dar. Bei Konkursen von kleineren Betrieben (80 Prozent sind Klein- und Mittelbetriebe) sollten betroffene Arbeitnehmer ebenfalls die Möglichkeit geboten bekommen, sich im Rahmen einer Landesarbeitsstiftung neu zu qualifizieren bzw. zu orientieren.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Die Einrichtung einer Landesarbeitsstiftung, angesiedelt in der AMG, in der das Land gemeinsam mit dem AMS und den Sozialpartnern konzentrierte Hilfe für diejenigen anbieten kann, die ohne Arbeit sind, damit sie beruflich wieder Fuß fassen können.

5. Vorrang für Vollarbeitsplätze

Jeder zweite Tiroler Beschäftigte arbeitet bereits nicht mehr ganzjährig und ganztägig. Der Trend zu immer mehr atypischen Arbeitsverhältnissen muss gestoppt werden. Die Vergabe von Förderungsmitteln des Landes sollte an die Schaffung von nachhaltigen Vollarbeitsplätzen gekoppelt sein. Nur Vollarbeitsplätze bieten dem Einzelnen auch volle soziale Absicherung und der Allgemeinheit das Funktionieren des Sozialstaats. Insbesondere die öffentliche Hand sollte mit gutem Beispiel voran gehen und ältere Arbeitnehmer verstärkt beschäftigen sowie mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen anbieten.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Arbeit für alle ist als übergeordnete Zielvorgabe zu definieren. Es müssen Möglichkeiten der „Sozialen-“ der „Bildungs-“ bzw. der „Orientierungsbeschäftigung“ in sozialen und öffentlichen Einrichtungen ausgeschöpft werden. Das Land und die landeseigenen Einrichtungen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und ältere Arbeitnehmer verstärkt einstellen sowie mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen anbieten.

6. Stärkung der Wirtschaftskraft in den Regionen Offenlegung aller Förderungen des Landes

Strukturschwache Bereiche, vor allem Täler und Bezirke im Oberland und Osttirol, müssen neue Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Die AK Tirol schlägt vor, gemeinsam mit dem Land und den Sozialpartnern regionale Entwicklungspläne und Betriebsansiedelungskonzepte zu erstellen. Weiters sind sämtliche Landesförderungen offen zu legen, um für mehr Transparenz zu sorgen. Neben der Landwirtschaft ist der Tourismus der am stärksten geförderte Wirtschaftszweig. Dennoch entfällt mehr als ein Drittel aller Arbeitslosen auf den Saison- und Niedriglohn-Bereich Tourismus. Deshalb ist vor allem in den tourismusintensiven Regionen diese saisonabhängige Monostruktur dringend zu verbessern. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Tiroler Wirtschaftsleitbilds sind für die betroffenen Bezirke neue Entwicklungsprogramme und Ansiedelungsmodelle zu erstellen, sowie eine gerechtere Wirtschaftsförderung für alle Branchen anzustreben.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Sämtliche Förderungen des Landes sind offen zu legen, um damit für mehr Transparenz zu sorgen. Ein Betriebsansiedelungskonzept soll für die einzelnen Bezirke und Regionen des Landes gemeinsam mit den Sozialpartnern erstellt werden.

7. Zukunftsbüro im Zukunftszentrum

Es kann nur eine gemeinsame Zukunft für unser Land geben. Die AK Tirol schlägt vor, die geplante Einrichtung des Zukunftsbüros am Standort des Zukunftszentrums anzusiedeln. Damit könnten die vorhandenen Strukturen verbessert und Synergien von vornherein richtig genutzt werden. Ziel ist, die Fülle der geistigen und kreativen menschlichen Potenziale aus allen Lebensbereichen zum Nutzen des Landes zu vernetzen, um zu einer Top-Region aufzusteigen.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Die vom Landeshauptmann geplante Einrichtung des Zukunftsbüros sollte am Standort des Zukunftszentrums angesiedelt werden.

8. Sozialpartnerschaft in Landesverfassung, Anhörungs- bzw. Antragsrecht der Kammern im Tiroler Landtag verankern

Viele Vorschläge, Initiativen und Maßnahmen, die die Tiroler Sozialpartner in den vergangenen Jahren angeregt bzw. eingeleitet haben, waren für die positive Entwicklung des Landes maßgeblich. Die Tiroler Sozialpartner haben in den vergangenen Jahren nachdrücklich unter Beweis ge-

stellt, dass sie aktiv und verantwortungsbewusst die Zukunft des Landes wesentlich mitgestaltet haben.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Die Sozialpartnerschaft soll in der Landesverfassung verankert werden. Weiters ist eine stärkere Einbindung der wertvollen Expertenarbeit der gesetzlichen Interessenvertretungen im Rahmen eines Anhörungs- bzw. Antragsrechtes im Landtag zu verankern. Das schriftliche Begutachtungsrecht der Sozialpartner reicht für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landtag und der Regierung vielfach nicht aus. Ein Anhörungs- bzw. Antragsrecht der Kammern würde auf der einen Seite die Arbeit des Landtagsplenums und der Ausschüsse inhaltlich bereichern, andererseits den Zusammenhalt aller positiven Kräfte im Land stärken.

9. Ohne klare Transitbergrenzen - Nein zum Brennertunnel

Die AK Tirol fordert das Land auf, jegliche Beteiligungen oder finanzielle Vorleistungen an möglichen künftigen europäischen Eisenbahnprojekten wie den Brennerbasistunnel zu unterlassen, solange nicht von Seiten der EU sowie von Seiten des Bundes eindeutige Verträge über Transitbergrenzen auf Tirols Autobahnen sowie die Verlagerung der Güter- und Verkehrsströme von der Straße auf die Schiene abgeschlossen werden. Jeglicher Ausbau überregionaler Infrastrukturen zieht sonst nur noch weiteren Verkehr an.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Die Gesundheit der Bevölkerung und ihrer Familien vor den Auswirkungen des Transitverkehrs wirkungsvoller zu schützen und alle Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zu ergreifen. Die Bürgerinnen und Bürger sind lückenlos darüber zu informieren, mit welchen Bau- und Folgekosten die künftigen Generationen zu rechnen haben. Weiters ist mittels Modellrechnungen vorherzubestimmen, mit welchen Entlastungen die transitgeplagte Bevölkerung in Zukunft tatsächlich zu rechnen hat. Der Ausbau der Inntalautobahn auf drei Spuren wird abgelehnt. Gegen Mautflüchtlinge auf untergeordnete Straßenzüge und zum Schutz der betroffenen Gemeindebewohner sind sofortige Maßnahmen zu setzen.

10. Gegen Verkauf von Landesanteilen von Hypo, TIWAG oder Wasserrechten

Die AK Tirol wendet sich gegen jeden Verkauf von Anteilen von TIWAG und Hypo. Diese Gesellschaften befinden sich im Besitz des Landes und gehören damit allen Tirolern. Ein Börsengang, der Verkauf von Anteilen oder die Hereinnahme von Partnern soll einer Volksabstimmung unterzogen werden.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Es sind Beschlüsse im Landtag herbeizuführen, die einen Verkauf von Landesanteilen bzw. Landeseigentum erschweren bzw. einer Volksabstimmung bedürfen.

11. Sicherung der Daseinsvorsorge - Stärkung des Föderalismus und Ausbau der Regionalisierung

Statt reiner Lippenbekenntnisse ist die Daseinsvorsorge in Tirol nachhaltig abzusichern: Die Grundversorgung auch des ländlichen Raumes durch Post, Bus, Bahn, Gerichte, Schulen und Nahversorger ist notfalls mit Unterstützung des Landes sicherzustellen.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Jede weiteren Zentralisierungstendenzen sind abzulehnen. Stattdessen sind die regionalen Strukturen zu stärken sowie alle Anstrengungen zu unternehmen, um Bundeseinrichtungen auch in den Bundesländern anzusiedeln und Verwaltungseinheiten des Landes in die Bezirke zu verlagern.

12. Verankerung der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe in der Landesverfassung

Tirol ist seit Jahrhunderten geprägt von einer christlich-sozialen Wertehaltung. Dazu gehört auch der arbeitsfreie Sonn- und Feiertag, der ein wesentliches Element im gesellschaftlichen Zusammenleben darstellt. Diese Tage erfüllen eine wichtige sozialpolitische Schutzfunktion. Vor allem für Familien und für berufstätige Frauen sind sie eine unverzichtbare Unterstützung. Auch für die vielen ehrenamtlich Tätigen, die im kulturellen, religiösen, sportlichen, sozialen oder politischen Bereich in Tirol tätig sind. Eine weitere Deregulierung der Arbeitszeit, der Zugriff auf Sonn- und Feiertag und das Ausdehnen der Wochenendarbeit ist daher abzulehnen. Zum Wohl unserer Kinder und Familien sollte man am Sonntag nur in jenen Bereichen arbeiten, wo es unbedingt notwendig ist.

Die AK Tirol fordert das Land auf:

Der arbeitsfreie Sonntag muss auch in Zukunft seine Bedeutung für das familiäre, gesellschaftliche und kirchliche Leben beibehalten. Dem Vorbild Oberösterreich und Vorarlberg folgend, sind die Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe in der Landesverfassung zu verankern. Dadurch wird gewährleistet, dass die Tür für Sonntagsarbeit nicht generell aufgestoßen wird.